



An die Vorsitzende
des Hauptausschusses

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 10.07.2020

AN/0883/2020

Antrag gem. § 5 der Geschäftsordnung des Rates auf Durchführung einer aktuellen Stunde

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	13.07.2020

Erwerb einer Binnenschifffahrtsgruppe durch die HGK droht zu scheitern – was hat die Oberbürgermeisterin unternommen?

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion beantragt die Durchführung einer Aktuellen Stunde in der Sitzung des Hauptausschusses am 13.07.2020 zu folgendem Thema:

**Erwerb einer Binnenschifffahrtsgruppe
durch die HGK droht zu scheitern –
was hat die Oberbürgermeisterin unternommen?**

Die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) beabsichtigt, die europäischen Binnenschifffahrtsaktivitäten der südafrikanischen Imperial Logistics Limited zu erwerben.

Für die HGK stellt der Kauf eine sinnvolle Ergänzung ihres operativen Beteiligungsportfolios für Logistik und Güterverkehrsleistungen rund um die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraßen dar. Die Aktivitäten im Bereich Binnenschiffahrt werden durch den Erwerb ausgebaut und insbesondere durch die Wachstumssegmente in der Chemie- und Gasschiffahrt ergänzt. Gleichzeitig erweitert die HGK durch den Erwerb signifikant ihre Präsenz in den wichtigen Seehäfen entlang der so genannten ZARA-Range (Zeebrugge, Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam) und trägt so auch im Landesinteresse zu einer Stärkung des Logistikstandorts Nordrhein-Westfalen bei.

Zugleich passt die Investition zu den strategischen Vorgaben, die die HGK als kommunales Unternehmen durch ihre Gesellschafter Stadtwerke Köln GmbH, Stadt Köln und Rhein-Erft-Kreis erhalten hat. Als Logistik-Holding innerhalb des Stadtwerke Köln-Konzerns hat die HGK den Auftrag, die Rohstoffversorgung und

Warenverkehre für die heimische Wirtschaft im Rheinland sicherzustellen – nicht nur ökonomisch, sondern auch unter möglichst ökologischen Bedingungen. Ein modernes Binnenschiff kann die Ladung von bis zu 105 Lkw aufnehmen und stößt bezogen auf beförderte Tonnage und Strecke bis zu 75 Prozent weniger CO₂-Emissionen aus.

Der Erwerb steht u.a. unter dem Vorbehalt der Genehmigung/Nichtbeanstandung durch die Kommunalaufsicht. Die positiven Beschlussfassungen der kommunalen Vertretungen der Stadt Köln und des Rhein-Erft-Kreises liegen vor.

Das EU-Kommissariat für Wettbewerb/Generaldirektion Wettbewerb hat lt. Presseberichterstattung das Erwerbsvorhaben am 30.06.2020 unter fusionskontrollrechtlichen Gesichtspunkten freigegeben.

Gemäß Presseberichterstattung von Ende Juni 2020 habe die Bezirksregierung Köln keine Einwände gegen das Vorhaben anmelden wollen. Auch das Wirtschaftsministerium soll einverstanden gewesen sein. Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung hat eine Genehmigung bisher jedoch nicht freigegeben. Ihm sei bis zum 30. Juni 2020 eine sorgfältige Prüfung des avisierten Kaufs nicht möglich. Die umfangreichen Unterlagen seien erst vor gut einer Woche im Ministerium eingegangen. Es sei ein umfangreicher Fragenkatalog an die Stadt Köln verschickt worden.

Da eine Freigabe seitens der Kommunalaufsichtsbehörden immer noch nicht vorliegt, stellt sich insbesondere die Frage, welche Rolle die Oberbürgermeisterin in dem Verfahren eingenommen hat. Es steht zu befürchten, dass sie lediglich eine stille Beobachterin des Geschehens war, anstatt für die Interessen der Stadt Köln zu kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Rafael Struwe
SPD-Fraktionsgeschäftsführer